



27.01.2013: Vor kurzem interviewte Eva Haule für das Lateinamerikaportal [amerika21](#) **Dr. Tobias Kriele** zur Entwicklung Kubas im Zusammenhang mit den wichtigen ökonomischen Rejustierungen und Reformen, die die KP Kubas vor etwa 2 Jahren einleitete. Dr. Kriele konnte den Wandel und die Politik Kubas seit etwa 8 Jahren unmittelbar erleben. Er lebte in diesen Jahren mit wenigen Unterbrechungen in Kuba, studierte und promovierte im Fach Philosophie. Nachstehend seine lebendigen, konkreten, freundschaftlich solidarischen und kenntnisreichen Ausführungen:

Tobias, du lebst seit 2003 mit Unterbrechungen jetzt acht Jahre in Kuba, hast dort dein gesamtes Studium und kürzlich eine Promotion im Fach Philosophie beendet. Kannst du aus deiner Sicht und aufgrund deiner Erfahrungen eine Einschätzung zu den Veränderungen geben, die in Kuba seit 2011 vollzogen werden?

Tobias Kriele: Es ist schwer, das kurz zusammenzufassen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass ich aus eigener Erfahrung nur von einem zeitlichen Ausschnitt der kubanischen Realität berichten kann, welcher schon sehr spät in der Sonderperiode anzusiedeln ist. Um allerdings die Prozesse zu begreifen, die sich heute in Kuba vollziehen, ist die Geschichte der Revolution seit 1959, genau genommen sogar seit den ersten Unabhängigkeitsbestrebungen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, im Ganzen zu betrachten.

Im Jahr 2003 war das Land noch von der Sonderperiode geprägt, auch wenn es bereits auf dem Weg war, sich wieder aufzurichten und sich dem Niveau an Produktivität von vor 1990 anzunähern. Zunächst gab es ein hoffnungsvolles statistisches Wirtschaftswachstum in Kuba, das sich aber vor allem aus den internationalen Missionen ergab. Vor ungefähr vier Jahren ist aber erkennbar geworden, dass es keine, wie man so sagt, nachhaltige wirtschaftliche Erholung gegeben hat, und dass Kuba in vielen Aspekten große wirtschaftliche Defizite aufweist. Und genau das ist auch im Alltag zu beobachten.

Die heutige Situation ist komplex, weil sich zwei Aspekte ineinander verschränken. Auf der einen Seite besteht ein größeres Angebot an Konsummöglichkeiten für Kubaner, auf höherem qualitativen und quantitativem Niveau. Es ist heute beispielsweise für Kubaner zumindest in der Hauptstadt überhaupt keine Besonderheit mehr, mit der Devisenwährung zu bezahlen, die parallel zum regulären kubanischen Peso im Umlauf ist. Auf der anderen Seite war aber zuletzt deutlich zu spüren, dass der Staat immer mehr Probleme hatte, die hohen Standards in Gesundheitsversorgung, Erziehung, Beschäftigungspolitik etc. aufrecht zu erhalten.

Diese Situation war auch der Ausgangspunkt der neuen Wirtschaftsrichtlinien, der sogenannten "lineamientos" (Richtlinien), die zunächst aus einer Reihe von knapp 300 Vorschlägen zur Veränderung der Sozial- und Wirtschaftspolitik in Kuba bestanden. Sie wurden im Vorfeld des letzten Parteitag von der kommunistischen Partei veröffentlicht und in den Betrieben und Wohnvierteln zur Diskussion gestellt. Sie wurden in drei Phasen diskutiert, in der Bevölkerung, von den Parteiorganen auf Provinz- und nationaler Ebene. Auf dem Parteitag vom 15. bis 17. April 2011 wurden unter Berücksichtigung der gemachten Vorschläge in dem Diskussionsprozess 313 Maßnahmen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik Kubas beschlossen. Damit wurde ein Prozess grundlegender Veränderungen in Kuba eingeleitet, der in Deutschland offensichtlich vor allem als eine Abfolge von Privatisierungen, Entlassungen usw. wahrgenommen wurde. Solche Begrifflichkeiten sind allerdings mit Vorsicht zu genießen, weil z.B. der Begriff Privatisierung in Kuba, wenn man sich überhaupt auf ihn einlassen will, nicht denselben Sachverhalt charakterisiert wie eine Privatisierung unter neoliberalen Vorzeichen.

Es war also nie die Frage, dass es in strategischen Bereichen der Produktion oder in Bereichen der Grundversorgung der Bevölkerung zu Privatisierungen kommt, wie sie beispielsweise in Europa durchgezogen werden?

Tobias Kriele: Die Prozesse in Kuba haben damit gar nichts zu tun. Wie gesagt, man muss den gesamten Prozess der Revolution berücksichtigen, um zu verstehen, was im Moment in Kuba geschieht. In den ersten Jahren nach dem Sieg der kubanischen Revolution hielt man es für notwendig, den potenziell reaktionären Teilen des Kleinbürgertums die Möglichkeit zu nehmen, sich als konterrevolutionäre Kraft im Innern neu zu formieren. Bestimmte kleinbürgerliche Besitzverhältnisse sollten nicht mehr existieren. Mit dieser so genannten revolutionären Offensive gegen Ende der sechziger Jahre wurde beschlossen, auch Kleinbetriebe wie Kioske, Friseure, Gastronomie etc. zu verstaatlichen. Was in der damaligen historischen Situation einen politischen Sinn machte, hat sich in der heutigen Situation für den Staat in eine Last verwandelt. Das praktische Ergebnis ist, dass der Staat zuletzt in unzähligen Wirtschaftszweigen Subventionen ausschütten musste. Das Kriterium war immer, dass die Bevölkerung bestimmte Dienstleistungen in Anspruch nehmen kann, und zwar auch billig und fast umsonst, wie es z.B. beim Friseur der Fall war. Jetzt ist man zu dem Schluss gekommen, dass der kubanische Staat sich das nicht mehr leisten kann. Und auch nicht muss. Denn, um beim Beispiel zu bleiben: Mit Sicherheit hängt der Sozialismus nicht davon ab, dass die Schere des Friseurs dem Staat gehört.

Es scheint mir wichtig festzuhalten, dass wir es hier nicht mit beliebigen subjektiven Auffassungen zu tun haben, sondern mit einem wirtschaftlichen Dilemma. Der sozialistische Staat ist schlichtweg nicht mehr in der Lage, sowohl die Salons zu unterhalten als auch die Friseure zu bezahlen, weil einfach das, was dort umgesetzt wurde, in keiner Entsprechung zu den gezahlten Löhnen und zu den Unkosten steht. Das gilt nicht nur für den Fall des Friseurs, sondern für die meisten staatlichen Kleinbetriebe.

Wenn also heute von "Privatisierungen" auf Kuba die Rede ist, muss man zunächst feststellen, dass es in einer anderen historischen Situation eine Verstaatlichung gegeben hat, die zwar politisch motiviert, wenn auch wirtschaftspolitisch schon damals möglicherweise nicht sinnvoll war. Die Verstaatlichung von Bereichen mit einem sehr niedrigen Produktionsniveau hatte eine ideologisch-politische, aber keine strategische Bedeutung im Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

Die mediale Aufregung im Ausland ist derzeit so groß, als würden in Kuba Privatisierungen von Stahlbetrieben vorgenommen. Dem ist aber nicht so, denn es ist klar definiert, dass die Überführung in nicht-staatliche Produktionsformen nicht die strategischen Wirtschaftsbereiche betrifft.

Am ehesten könnte man noch lamentieren über die Privatisierung der Landwirtschaft, die Möglichkeit, Land zu pachten und zu bearbeiten. Hier handelt es sich aber um die Besonderheit der kubanischen Revolution, dass die Einzelbauern immer ein Recht auf Privateigentum an ihrem Boden hatten. Sie beruht auf einem Versprechen, das Fidel den Bauern, die damals zu den zuverlässigen Unterstützern der Guerilla gehörten, gegeben hatte. Die aktuelle Initiative, die Landverpachtung auszuweiten, ist somit nicht wirklich neu, sondern vielmehr die Anerkennung der Tatsache, dass seit der Sonderperiode, seit dem Ende der sozialistischen Staatengemeinschaft und der entsprechenden Austauschbeziehungen, die staatliche Landwirtschaft in Kuba eine immer geringere Rolle spielt, was mit der nachlassenden Effektivität der Maschinen lastigen landwirtschaftlichen Produktionsformen unter den Bedingungen der Sonderperiode zu tun hat.

Um die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern und auch mit Blick auf die Nahrungsmittelsouveränität wurde jetzt neues Land an Kubaner vergeben, die Landwirtschaft betreiben wollen.

Tobias Kriele: Ja, allerdings wäre auch da das Wort Privatisierung ganz falsch, denn es ist ja nicht so, dass staatlich bewirtschaftetes Land an Privatbauern überreicht würde, sondern es handelt sich um brachliegendes Land, welches zur Pacht angeboten wird. In diesem Zusammenhang ist auch der Aufruf an Einzelpersonen gemacht worden, zu Privatbauern zu werden, und das durchaus auch in städtischen Gebieten. Der Hintergrund ist der, dass Kuba aktuell über 50 Prozent seiner Nahrungsmittel importieren muss, darunter auch Nahrungsmittel, die auf der Insel selbst hergestellt oder produziert werden können, wie zum Beispiel Reis. Die Weltwirtschaftskrise ist ja auch eine Nahrungsmittelkrise, aufgrund derer sich die Preise für Nahrungsmittel in den letzten drei Jahren vervielfacht haben. Diese Entwicklung hat Kuba in eine schwierige Lage gebracht. Der Versuch besteht jetzt darin, die nationale Nahrungsmittelproduktion mit kleinen privatwirtschaftlichen Produktionseinheiten anzuheben, um so auf Importe verzichten zu können.

Kommen wir noch einmal auf die Ausgangssituation, aus der heraus in Kuba die Entscheidung zur Durchführung dieser sozial-ökonomischen Maßnahmen getroffen wurde, zurück...

Tobias Kriele: Diese Entscheidung wurde aus einer ganz akuten Krisensituation der kubanischen Revolution heraus getroffen. Ganz ohne jede Absicht zur Dramatisierung könnte man durchaus sagen, dass Kuba wirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand steht. Kuba hat das strukturelle Problem einer Kapitalschwäche. Das ist insofern kompliziert, als dass natürlich innerhalb eines sozialistischen Systems zunächst einmal die Kategorie "Kapital" in dem Sinne nicht oder nur mit Einschränkungen existiert. Aber seitdem Kuba gezwungen ist, auf dem Weltmarkt aktiv zu werden, ist die Verfügbarkeit oder die Nicht-Verfügbarkeit von Kapital zu einer drängenden Frage geworden. Kuba könnte bestimmte Produkte erheblich günstiger produzieren, wenn es die Möglichkeit hätte, große Investitionen vorzunehmen. Man bedenke nur, dass beispielsweise die nationale Zuckerindustrie auf Technologien aus den Zeiten der Sowjetunion basiert. Kuba ist nicht in der Lage, in großem Stil seine Zuckermühlen und

-raffinerien zu modernisieren. Wäre das im Rahmen des Möglichen, könnte der Zucker erheblich günstiger produziert werden.

Diese Situation verlangt von der kubanischen Revolution in allen Bereichen, sich auf die bestehende technologische und infrastrukturelle Basis zu stützen. Investitionen bedürfen internationaler Kredite mit harten Zinsen und schaffen eine problematische Abhängigkeit. Die zweite Möglichkeit, Kapital ins Land zu holen, besteht in Joint Ventures, deren Mehrheitsbeteiligung in Kuba jedoch fast ausnahmslos beim Staat liegen muss, was dann natürlich wiederum die Investitionsbereitschaft wieder einschränkt. Jedes Joint Venture bedeutet eine Gratwanderung. Zum einen dient es der Akquisition von notwendigem Kapital und der Verbesserung in der Infrastruktur, die auch der Bevölkerung zugute kommt, abgesehen davon, dass sie die Profitbedingungen der investierenden Firmen verbessert. Zum anderen droht es, tendenziell die nationale Unabhängigkeit und Souveränität einzuschränken. Diese Problematik des Kapitalmangels wird in der Wahrnehmung der kubanischen Situation im Ausland viel zu sehr ausgeblendet.

Aktuell verfolgt die kubanische Regierung die Strategie, das Einsparen von Importen als größte Einnahmequelle des Landes zu begreifen. Jeder Sack Reis, den Kuba selbst produziert und nicht importieren muss, verwandelt sich in erspartes Kapital. Auf diesem Weg versucht die kubanische Regierung, Kapital zu generieren, ohne ausländische Kapitaleigner ins Land zu holen. Das ist der ökonomische Hintergrund dieser Korrektur, dieser Aktualisierung, wie man in Kuba sagt, die wir im Moment beobachten können.

Die Kooperation innerhalb des ALBA-Bündnisses, vor allem die mit Venezuela, hat also nicht das Niveau erreicht, um diese Problematik besser aufzufangen?

Tobias Kriele: Heute hätte Kuba ein großes Problem, sollte die Regierung Chávez aus irgendeinem Grund abtreten. Die Beziehung zu Venezuela ist für Kuba elementar geworden, zum Beispiel im Bereich der Erdölindustrie. Bei den Joint Ventures mit Venezuela bleibt wichtiges Know-How in Kuba hängen, so dass die Kubaner dank dieser Zusammenarbeit selber in die Lage kommen, ihre eigenen Erdölbohrungen vorzunehmen. Aber Kuba kann und will nicht alle Probleme über diese Zusammenarbeit lösen, weil das nicht die strukturellen Probleme lösen würde.

Was wir im Moment in Kuba sehen können, ist der Versuch, eine nachhaltige Bewirtschaftung zu erreichen und dabei die Voraussetzungen zu schaffen, den Sozialismus als Zielstellung des Wirtschaftens im Blick zu behalten. Man darf nie aus den Augen verlieren, dass Kuba vor konkreten Problemen steht, die praktisch gelöst werden müssen. Das ist nicht so sehr eine Frage der theoretischen Diskussion, der Frage um die Reinheit der marxistischen Lehre oder um die Purheit des Sozialismus. Die entscheidende Frage ist doch, wie kann Kuba es erreichen, dieses Jahr zu überleben, das nächste Jahr und die kommenden, um dann in 20 Jahren viel stärker zu sein als heute.

Der Aktualisierungsprozess in Kuba zeichnet sich ja durch seine Planwirtschaftlichkeit aus. Der Prozess ist auf fünf Jahre angelegt, um die wesentlichen Elemente umzusetzen. Es soll nichts übers Knie gebrochen, sondern ein Fundament für die kommenden Generationen geschaffen werden. Wenn in fünf Jahren die neue Generation von derjenigen, die die Revolution einst gemacht hat, endgültig die Verantwortung übernimmt, dann soll das unter optimalen Bedingungen geschehen. Die derzeitige Aktualisierung könnte historisch auch so verstanden

werden, dass die Generation, die die Revolution gemacht hat, eine saubere Rechnung für die Nachkommenden hinterlassen will. Der Vorwurf der Unterrepräsentanz jüngerer Menschen in der kubanischen Regierung zeugt von einer Unkenntnis dieser Situation. Wenn die jungen Leute an die Macht kommen, sollen sie eine reelle Chance haben und nicht von Beginn an mit dem Rücken zur Wand stehen.

Nochmal zurück dazu, wie sich diese Veränderungen im Alltagsleben der kubanischen Bevölkerung praktisch auswirken, dass es z.B. mehr Menschen gibt, die, wie es genannt wird, "auf eigene Rechnung" arbeiten, die Umstrukturierungen im industriellen Bereich – wie muss man sich das konkret vorstellen?

Tobias Kriele: Sichtbar ist die zunehmende Zahl von Selbständigen und Kleingewerbetreibenden. In der Regel handelt es sich um private Unternehmen mit bis zu drei Beschäftigten. Die Entwicklung zeigt sich sehr ungleichmäßig und auch impulsiv. Zum Beispiel gab es zu Beginn eine rege Aktivität im Bereich der Snack-Gastronomie, in der im Sinne eines Lernprozesses mit dem Gesetz von Angebot und Nachfrage Bekanntheit gemacht wurde. Die Tatsache, dass diese Kleingewerbe-Betreiber Abgaben leisten müssen, wurde als riesige Provokation aufgefasst, weil in Kuba Steuern bislang im Prinzip unbekannt waren. Man muss sich vergegenwärtigen, dass all diese Prozesse in einem sehr spezifischen kulturellen, historischen, sozio-ökonomischen Kontext stattfinden. Es wäre ein Fehler, die aktuelle Lage der kubanischen Revolution mit den gleichen Kategorien oder Kriterien zu betrachten wie die soziale Wirklichkeit in der BRD.

Man kann feststellen, dass das Konsumangebot größer wird, es gibt neuerdings auch die Möglichkeit, zu vermieten, Wohnimmobilien zu verkaufen und zu kaufen, oder auch an Gewerbetreibende zu vermieten.

Offensichtlich haben einige von diesen Gewerbetreibenden Zugang zu Kapital aus dem Ausland, es gibt scheinbar einen Rückfluss von den emigrierten Kubanern, die über Familienangehörige in Kuba investieren.

Während man früher von einer Trennung zwischen den Kubanern und den Touristen in den Konsummöglichkeiten gesprochen hat, kann man mittlerweile feststellen, dass eine Trennung unter den Kubanern selbst entsteht. In einigen Restaurants in Havanna sitzen überwiegend Kubaner und geben mal eben einen durchschnittlichen Monatslohn für ein Essen aus. Dies hat zu tun mit der Emigration und den Geldsendungen nach Kuba und weniger mit den sogenannten Privatisierungen.

Wie steht es um die soziale Absicherung dieser neuen Selbständigen?

Tobias Kriele: Prinzipiell ist das Gesundheitssystem in Kuba kostenlos und funktioniert auch nicht auf Versicherungsbasis. Jeder Bürger hat das Recht auf eine Krankenbehandlung, vom Hausbesuch bis zum Herzschrittmacher. Für die Kleingewerbetreibenden ist zudem ein neues Sozialversicherungssystem geschaffen worden.

Die wenigsten der Selbständigen haben zum Anliegen, den amerikanischen Traum zu leben. Es dominiert der Wunsch, von dem, was man arbeitet, auch leben können. Infolge dieser

Haltung besteht auch ein Einverständnis darüber, Steuern zu zahlen. Mein Eindruck ist, dass die Gewerbetreibenden durchaus mit der Zahlung von Abgaben und Steuern und Sozialversicherung einverstanden sind. Sie haben eher Probleme mit den Leuten, die das nicht tun.

Seit dem Beginn der Sonderperiode vor 20 Jahren ist es kaum mehr möglich, dass ein Arbeiter seine Familie von seinem Gehalt durchbringen könnte. Als Antwort darauf hat sich auch eine informelle Gewerbepraxis entwickelt. Viele Leute haben ihr ganzes berufstätiges Leben zwischen legalem Beruf einerseits und schwarzer Tätigkeit andererseits verbracht, und jetzt steht Kuba vor dem komplizierten Prozess, dies zu legalisieren. Es gibt auch den Effekt, dass Leute, die vorher selbständig waren jetzt vor der Situation stehen, dafür Steuern zahlen zu müssen und daraufhin das Gewerbe einstellen. Die illegale Gewerbetätigkeit verwandelt sich in ein Risiko, weil nicht nur der Staat, sondern auch die angemeldeten Konkurrenten mit Argusaugen darüber wachen, dass der Konkurrent von nebenan sich nicht einen Vorteil verschafft, indem er sich die Steuern spart.

In den Debatten in der deutschen und europäischen Linken über die Veränderungen in Kuba geht es meist darum, dass eine "Gefährdung", gar "das Ende des Sozialismus in Kuba" gesehen oder befürchtet wird. Wie werden diese Diskussionen in Kuba wahrgenommen?

Tobias Kriele: Die Kontinuität der Revolution ist aus kubanischer Sicht eine praktische Frage, während sie in der Diskussion in anderen Teilen der Welt als theoretische Frage behandelt wird, oftmals aus der jeweiligen nationalen Perspektive. In Kuba weiß man, dass schwere Fehler die Revolution mitsamt ihren geschichtlichen Errungenschaften aufs Spiel setzen können. Es wird aktuell dafür gestritten, die Errungenschaften von über 50 Jahren zu verteidigen. Durch die imperialistische Bedrohung des Landes von außen, aber auch durch eigene Fehler wie eine ineffiziente Wirtschaftsausrichtung sind sie in Gefahr. Die theoretische Diskussion in Kuba ist von der praktischen Notwendigkeit bestimmt, den Sozialismus unter den konkreten Bedingungen der Gegenwart zu erhalten. Die Herangehensweise ist somit viel historischer als die der Diskussionen der Kubanologen, wie die Kubaner die Zeigefinger hebenden Besserwisser im Ausland nennen. Deren Debatte theoretisiert ja vorwiegend darüber, ob das Zulassen von bestimmten marktwirtschaftlichen Elementen automatisch dazu führt, dass der Sozialismus unwiederbringlich verloren ist oder nicht, ohne sich den realen Herausforderungen des Landes zu stellen.

Dieser Pragmatismus, der in Kuba vorherrscht, erklärt sich meiner Meinung nach daraus, dass das Konzept des Sozialismus in Kuba nicht ein Selbstzweck ist, sondern der Sozialismus als der Weg zur nationalen Unabhängigkeit, zur wirklichen Souveränität des Landes verstanden wird.

Die kubanische und lateinamerikanische Problematik ist eine andere als die in europäischen Ländern, in denen es ganz selbstverständlich scheint, dass eine nationale Bourgeoisie die politischen Geschicke bestimmt.

Natürlich gibt es globale Abhängigkeiten und inner-imperialistische Konflikte, aber die Grundlegung der nationalen Politik ist historisch durch die nationale Bourgeoisie erfolgt. In Lateinamerika hingegen hat die nationale Bourgeoisie weniger die Funktion erfüllt, eine Nationalstaatlichkeit zu organisieren, sondern sie war in der Regel Vermittlerin für die

imperialistischen Interessen der USA oder anderer kolonialer Mächte. Aus der kubanischen Sicht war die nationale Bourgeoisie die Verkörperung der Einmischungspolitik der USA. Sie ist daran fett geworden, möglichst viele nationale Reichtümer möglichst schnell ins Ausland zu schaffen. Revolution bedeutet in Kuba, die Klassenverhältnisse umzudrehen, die Macht der bürgerlichen nationalen Klasse zu brechen und das Einfallstor für den US-Imperialismus zu schließen.

Die kubanische Konzeption besagt, dass nur der Sozialismus es ermöglicht, die nationalen Ressourcen, und damit sind nicht nur Rohstoffe gemeint, sondern auch Möglichkeiten der Produktion, Entwicklung der nationalen Kultur, der Wissenschaft etc., im Interesse der ganzen Nation und ihres Volkes weiter zu entwickeln. Die historische Erfahrung Kubas besagt, dass dies mit der Existenz einer nationalen Bourgeoisie nicht zu vereinbaren wäre.

In diesem Sinne blickt Kuba aus einer anderen Perspektive auf den Sozialismus, als es die real-sozialistischen Staaten Osteuropas taten.

Letzten Endes erklärt sich so der pragmatische Umgang mit den Fragen sozialistischer Politik und Wirtschaft. Die Diskussion in Kuba ist relativ offen und unkonventionell hinsichtlich der Maßnahmen, die man treffen könnte, um die wirtschaftliche Situation des Landes kurzfristig zu verbessern, immer mit dem strategischen Ziel des Übergangs zum Sozialismus. Überhaupt ist die Frage, ob man Kuba jetzt ein sozialistisches Land nennt, von den Kriterien abhängig, die man anlegt. Ich denke, im Sinne der Revolution als einer Befreiungsbewegung ist es korrekt zu sagen, dass es Sozialismus in Kuba gibt, dass er verteidigt werden muss. Wirtschaftlich sagen die Kubaner selber, dass sie noch nie wirklich sozialistisch geworden sind. Ich nenne das als Nebenaspekt, es ist aber vom Theoretischen her gesehen eine ganz entscheidende Fragestellung. Es hat in Kuba nie einen "vollendeten" Sozialismus gegeben, Kuba befindet sich vielmehr seit Jahrzehnten in einem Übergangszustand. Das hat die kubanische KP schon vor der Sonderperiode festgestellt, und jetzt, nach 20 Jahren Sonderperiode und nach dem Aktualisierungsprozess, kann man noch viel weniger von einem Sozialismus in Reinform reden.

Entscheidend scheint mir aber, dass die Staatspolitik in Kuba darauf ausgerichtet ist, das strategische Ziel des Sozialismus als Garantie für die nationale Souveränität zu erreichen. Diese pragmatische Bestimmung sozialistischer Politik unterscheidet Kuba von den europäischen Ansätzen und das ist auch der Grund dafür, warum die Interpretation dieser Aktualisierungsmaßnahmen in Kuba so abgeleitet, als würde mit den Prinzipien des Sozialismus gebrochen. Nicht darum handelt sich jedoch bei den gegenwärtigen Maßnahmen, sondern um das Streben danach, sich immer mehr jener gesellschaftlichen Epoche zu nähern, in der die Zielstellungen des Sozialismus verwirklicht sein werden.

Quelle und CR: Lateinamerikaportal [amerika21](#)